

Protokoll – öffentlicher Teil

35. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur

Sitzungstermin:	Donnerstag, 21.09.2023
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:04 Uhr
Ort, Raum:	Raum 107, Haus 9, Hegelallee 9, 14467 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Beate Goreczko Die Andere ab 17:30 Uhr

Mitglieder

Lars Eichert CDU Vertretung für: Stefan Gutschmidt

Dr. Sarah Zalfen SPD

Janny Armbruster Bündnis 90/Die Grünen ab 17:40 Uhr

Saskia Hüneke Bündnis 90/Die Grünen

Sascha Krämer Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Nico Marquardt SPD ab 17:45 Uhr

zusätzliches Mitglied

Alexander Dietmar Wietschel Freie FRAKTION Vertretung für: Andreas Menzel

Dr. phil. Wieland Niekisch Mitten in Potsdam bis 18:25 Uhr

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg DIE LINKE ab 17:50 Uhr

sachkundige Einwohner

Christine Anlauff Bündnis 90/Die Grünen

Frank Reich SPD

Dr. Karin Schröter DIE LINKE

Ingo Sonsalla Sozial.DIE LINKE.Potsdam

Beigeordnete

Prof. Dr. Walid Hafezi

Vertreter der Beiräte

Dr. Essmaiel Archoukieh Migrantenbeirat

Peter Mundt Seniorenbeirat

Abwesend

Mitglieder

Stefan Gutschmidt CDU entschuldigt

Sebastian Olbrich AfD nicht entschuldigt

Björn Teuteberg	Freie Demokratische Partei	entschuldigt
zusätzliches Mitglied		
Andreas Menzel	Freie FRAKTION	nicht entschuldigt
Dr.med. Carmen Klockow	Freie FRAKTION	entschuldigt
sachkundige Einwohner		
Carsten Linke	Die Andere	entschuldigt
Klaus-Rainer Dallwig	CDU	nicht entschuldigt
Julius Stahlberg	Freie Demokraten	nicht entschuldigt
Hans-Cornelius Weber	AfD	nicht entschuldigt
Christian Wendland	BürgerBündnis	nicht entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwändungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.07.2023
- 4 Straßenbenennungen / Straßennamenpool
 - 4.1 Straßenbenennung nach Michael Gartenschläger
 - 4.2 Geschichte im Straßenland erlebbar machen – Herero und Nama Allee
Fraktion Freie Fraktion 23/SVV/0853
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 5.1 Antrag zur Gedenktafel für das ermordete Ehepaar Köhler im Stadthaus von Potsdam
Fraktion Mitten in Potsdam 23/SVV/0789
 - 5.2 Beschleunigung Zentraldepot
Fraktion DIE LINKE 23/SVV/0811

- 5.3 Gedenktafel für Günther Anders 23/SVV/0870
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Gedenktafel für Hannah Arendt und Günther Anders 23/SVV/0562
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereiche Kommunikation und Partizipation
- 6.2 Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten 23/SVV/0834
Oberbürgermeister, Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration
- 6.3 Sachstand Kunst am Schlaatz
gem. Beschluss DS 23/SVV/0046
- 6.4 Neugestaltung Landtagsumfeld? Grün vor Nikolaikirche, Steubenplatz, Vorplatz Filmmuseum
- 6.5 Sachstand Informationsstelen an Orten der NS-Zwangsarbeit
gem. Beschluss DS 22/SVV/0796
- 6.6 Erinnerungsorte der Kolonialgeschichte (aktueller Sachstand)
- 7 Sonstiges
- 7.1 Entsendung eines Ausschussmitgliedes in den Beirat Lottenhof

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Herr Prof. Dr. Hafezi begrüßt Frau Goreczko als neue Ausschussvorsitzende und stellt sie kurz vor. Frau Goreczko begrüßt Prof. Dr. Hafezi als neuen Beigeordneten für Bildung, Kultur, Jugend und Sport und stellt ihn kurz vor.

Die Ausschussvorsitzende, Frau Beate Goreczko, eröffnet die 35. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und begrüßt die Anwesenden.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 9 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend, damit ist der Ausschuss für Kultur beschlussfähig.

Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß.

Die Ausschussvorsitzende schlägt folgende Änderungen der Tagesordnung vor:

Der **Tagesordnungspunkt 4.1** wird auf die Sitzung am 12.10.2023 **vertagt**.

Der **Tagesordnungspunkt 6.1** wird **vor Tagesordnungspunkt 5.4** behandelt.

Der **Tagesordnungspunkt 6.2** nach **Tagesordnungspunkt 6.6** behandelt.

Der **Tagesordnungspunkt 6.3** wird auf die Sitzung am 12.10.2023 **vertagt**.

Der **Tagesordnungspunkt 6.4** wird auf die Sitzung am 12.10.2023 **vertagt**.

Unter dem Punkt „Sonstiges“ meldet Herr Krämer das folgende Thema an:
„Werdegang des Gedenksteins Willi Wolf“

Unter dem Punkt „Sonstiges“ meldet Frau Goreczko das folgende Thema an:
„Fachgremium Erinnerungskultur“

Unter dem Punkt „Sonstiges“ meldet Herr Prof. Dr. Hafezi das folgende Thema an:
„Abfrage Einnahme/Ausgaben Kultureinrichtungen“

Rederecht

Zum Tagesordnungspunkt Sonstiges „Fachgremium Erinnerungskultur“ beantragt Herr Dr. Peter Ulrich Weiß (Sprecher Fachgremium Erinnerungskultur) Rederecht.

Abstimmung:

Das Rederecht für Herrn Dr. Peter Ulrich Weiß wird
einstimmig bestätigt.

Die Ausschussvorsitzende stellt die geänderte **Tagesordnung** zur Abstimmung, welche
einstimmig bestätigt wird.

3 Entscheidung über eventuelle Einwände gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.07.2023 ungeändert beschlossen

Die Ausschussvorsitzende stellt die Niederschrift der 34. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Kultur vom 12.07.2023 zur Abstimmung

Die Niederschrift der 34. öffentlichen Sitzung vom 12.07.2023 wird mit 4 Ja-Stimmen
bestätigt.

4 Straßenbenennungen / Straßennamenpool

4.1 Straßenbenennung nach Michael Gartenschläger

vertagt

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 12.10.2023 **zurückgestellt**.

4.2 Geschichte im Straßenland erlebbar machen – Herero und Nama Allee

23/SVV/0853
vertagt

Herr Wietschel bringt den Antrag ein.

Das Thema wird unter den Ausschussmitgliedern kontrovers diskutiert.

Frau Hüneke schlägt vor, das Thema in das Fachgremium Erinnerungskultur zu überweisen.

Frau Dr. Zalfen unterstützt den Vorschlag. Es müsse sich grundsätzlich mit der Frage der Straßennamen befassen werden und die zukünftige Rolle des Straßennamenpools.

Die Ausschussvorsitzende stellt gemäß § 23 Abs. 1 d) Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung, die Beratung des Antrags zu vertagen. Anschließend wird über die **Vertagung** abgestimmt.

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 7 Ja-Stimmen **angenommen**.

Das Fachgremium Erinnerungskultur wird darum gebeten, sich mit dem Inhalt des Antrags zu befassen und die Ergebnisse einer späteren Sitzung zu präsentieren, um den Antrag erneut aufzurufen.

5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

5.1 Antrag zur Gedenktafel für das ermordete Ehepaar Köhler im Stadthaus von Potsdam

23/SVV/0789
geändert beschlossen

Herr Dr. phil. Niekisch bringt den Antrag ein.

Frau Junge (Fachbereich Kultur und Museum) verliest die Stellungnahme des Geschäftsbereichs 1. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten an dem Stadthaus könne der Antrag umgesetzt werden.

Herr Reichert merkt an, dass das Thema der Verfolgung von Stadtverordneten im Dritten Reich generell thematisiert und aufgearbeitet werden müsse.

Herr Krämer sagt, dass man mit dem genauen Standort der Gedenktafel warten könne, bis der Campus fertig gestellt sei. Es sei bisher nicht bekannt, ob nach der Sanierung noch im Plenarsaal getagt würde.

Herr Dr. phil. Niekisch bietet an, den konkreten Platzvorschlag im Beschlusstext rauszunehmen.

Frau Hüneke schlägt folgende Änderung vor:

- die Streichung von ~~neben dem Eingang zum Plenarsaal im 1. Stock erhält; entweder auf der rechten Seite der Eingangstür, oder unter bzw. neben der gleich großen Gedenktafel für Dr. Ludwig Levy.~~
- Das Hinzufügen des Wortes **erhalten** nach dem sichtbaren Platz.

Die **so geänderte** Fassung wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass nach Abschluss der Sanierung des Stadthauses die Gedenktafel für den in Moskau 1951 ermordeten Potsdamer CDU-Bürgermeister Erwin Köhler und seiner Frau Charlotte ebenfalls einen würdigen und sichtbaren Platz **erhalten**. ~~neben dem Eingang zum Plenarsaal im 1. Stock erhält; entweder auf der rechten Seite der Eingangstür, oder unter bzw. neben der gleich großen Gedenktafel für Dr. Ludwig Levy.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

5.2 Beschleunigung Zentraldepot

23/SVV/0811
vertagt

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag ein.

Herr Dr. Scharfenberg betont die Wichtigkeit des Antrags aufgrund der zeitlichen Verschiebung des Baubeginns. Die Schaffung von Depots für Museum und Bibliothek seien finanziell und zeitlich noch gar nicht untersetzt. Der Prozess soll für eine höhere Transparenz kontinuierlich begleitet werden.

Herr Beck (Geschäftsbereich 5, Projektleiter Verwaltungscampus) erläutert den sowohl die Ausgangslage als auch den derzeitigen Stand anhand einer Präsentation. Die Ausgangslage zur Errichtung eines gemeinsamen Standortes Archiv und Depotflächen ist der Beschluss DS 16/SVV/0609. 2018 wurde eine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung durchgeführt mit einem ermittelten Kostenrahmen von ca. 28 Mio. Euro Investitionskosten. Der Ankauf des Grundstückes in Marquardt ist auf der Grundlage des Beschlusses DS 22/SVV/0978 erfolgt.

Herr Beck geht ebenfalls auf die Kostenentwicklung des Projekts ein. Die prognostizierten Gesamtkosten haben sich durch äußere Einflüsse in etwa verdoppelt. Bei einer Umsetzung des Gesamtprojektes bis 2034 wären die Kosten bei ca. 70 Millionen Euro. Der Antrag sei in der Form nicht umzusetzen. Herr Beck schlägt im Namen der Verwaltung eine zeitliche Streckung des Gesamtvorhabens unter Beibehaltung des bisherigen Projektumfanges Archiv- und Depotflächen. Dabei geht es auch um die zeitliche Streckung der finanziellen Belastung. Eine Abstimmung mit allen Beteiligten sei Voraussetzung.

Herr Reich betont, dass erst durch die zeitliche Verschleppung die Probleme entstanden seien. Die städtische Sammlung sei einzigartig und der Schaden, der eintreten könne, nicht hinnehmbar.

Frau Dr. Schröter könne dem nur beipflichten. Sie betont, dass eine Fertigstellung bis 2034 nicht absehbar war und nicht akzeptabel sei.

Herr Beck betont, dass 2034 eine Beispielzahl für die Ermittlung der Kostenentwicklung sei.

Frau Hüneke ist bereit dem Antrag zuzustimmen, um auch die Wichtigkeit eines Zentraldepots für zukünftige Haushaltsverhandlungen zu hinterlegen. Sie betont, dass das Projekt ein Gesamtvorhaben bleiben müsse. Es müsse sowohl die pflichtigen Leistungen mit den Archivflächen als auch die freiwilligen Leistungen mit Depotflächen für das Potsdam Museum und Naturkundemuseum umfassen. Dabei müsse den unterschiedlichen Lagerungsbedingungen Rechnung getragen werden.

Herr Eichert fragt, warum wurde die Baumaßnahme nicht in den aktuellen Haushalt aufgenommen worden sei. Warum gab es seitens der Verwaltung keinen Hinweis oder Begründung dafür. Die Stadtverordneten hätten den Auftrag mit den Beschlüssen gegeben.

Frau Dr. Zalfen plädiert dafür, nicht die pflichtigen Leistungen von den freiwilligen Leistungen zu trennen. In der Stadt entstehen gerade von Landesseite hochmoderne Depots für Kunstgüter. Vielleicht gibt es Schnittmengen zwischen Stadt und Land, von der die Stadt profitieren könne.

Herr Dr. Scharfenberg zeigt sich erfreut über die allgemeine Zustimmung. Die positive Votierung wäre ein Signal an den Oberbürgermeister, das gesamte Bauvorhaben zu überprüfen.

Herr Prof. Dr. Hafezi betont, dass an der Sinnhaftigkeit eines Zentraldepots keinerlei Zweifel bestünde. Man befinde sich durch die derzeitige Haushaltssituation in einem Dilemma, welches auch andere Großprojekte umfassen würde. Er schlägt vor den Antrag auf die Sitzung des Ausschusses für Kultur im November zurückzustellen, um auf die während der Diskussionen Fragen eingehen zu können und den Antrag mit den beantworteten Fragen erneut zu behandeln.

Einige Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag zu. Es würde vor allem um folgende Fragen gehen, die bis dahin zu beantworten seien:

- Alternative Fördermöglichkeiten suchen, z.B. über Land, Bund, EU
- Prüfung von Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der SPSPG oder dem Land, da diese gerade beim Bau neuer Depots sind. Dabei könne man entweder die Möglichkeiten von Flächen erfragen oder nur die Erfahrungen nutzen
- Suche anderer Flächen für den Bau oder vorhandener Bestandsbauten für die Nutzung als Depot
- Warum ist das Verfahren noch nicht weiter und warum hat sich der Prozess verzögert?
- Warum wurde die Baumaßnahme nicht in den aktuellen Haushalt aufgenommen?
- Die Bitte um einen konkreten Zeit- und Finanzplan. Wann könne frühestens mit dem Bau begonnen? Wann könne das Zentraldepot frühestens fertig gestellt werden? Die konkreten Zeitabläufe müssen aufgezeigt werden.

Herr Krämer spricht sich ausdrücklich dagegen aus, den Antrag zu vertagen. Alle Argumente, die geliefert wurden, sprechen für eine positive Votierung. Man müsse sich klar zum Erbe der Stadt bekennen.

Herr Prof. Dr. Hafezi betont, dass eine erneute Beratung mit belastbaren Rückmeldungen seitens der Verwaltung sinnvoller seien.

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, dass der Antrag auch geändert werden könne. Um eine separate Debatten zuzulassen könne **zum Bau eines Zentraldepots** ersetzt werden durch **mit zur Verfügung Stellung des Potsdam Museums und der Stadt- und Landesbibliothek**.

Für den Vorschlag, den Antrag in geänderter Fassung abstimmen zu lassen, findet sich keine Mehrheit.

Herr Eichert stellt gemäß § 18 II e.) i.V.m. § 23 I d) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf Beendigung der Debatte und die Vertagung des Antrags in den Novemberausschuss am 16.11.2023.

Abstimmung:

Der Geschäftsordnungsantrag wird mit 5 Ja-Stimmen **angenommen**, bei 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

5.3 Gedenktafel für Günther Anders

23/SVV/0870
ungeändert beschlossen

Herr Krämer bringt den Antrag ein.

Herr Büloff (Fachbereich Kommunikation und Partizipation) teilt mit, dass auf dem Hiroshima-Nagasaki-Platz eine Tafel mit Informationen zum Platz geplant sei, auf der auch Informationen über Günther Anders wiedergegeben werden sollen. Herr Eichert schlägt deshalb vor, den Antrag als erledigt zu betrachten. Für diesen Vorschlag findet sich keine Mehrheit.

Die Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Möglichkeiten der Erinnerung und des Gedenkens an Günther Anders auf dem Hiroshima-Nagasaki-Platz (räumlicher und thematischer Bezug) zu prüfen und bei Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen umzusetzen.

Der Kulturausschuss ist während des gesamten Prozesses einzubeziehen.

Über das Ergebnis der Prüfung und das weitere Vorgehen ist die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am November 2023 zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

6 Mitteilungen der Verwaltung

6.1 Gedenktafel für Hannah Arendt und Günther Anders

23/SVV/0562
zur Kenntnis genommen

Herr Büloff (Fachbereich Kommunikation und Partizipation) bringt die Vorlage ein.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

6.2 Richtlinie zur Förderung von Angeboten zur sozialen Integration von Geflüchteten

23/SVV/0834
zur Kenntnis genommen

Herr Jekel (komm. Fachbereichsleiter Fachbereich Wohnen, Arbeit und Integration) bringt die Vorlage ein.

Die Mitteilungsvorlage wird **zur Kenntnis genommen**.

Herr Jekel erläutert, dass Teil der neuen Richtlinie eine Jury sei, welche in die Förderentscheidung eingebunden werden.

Teil der Jury sei eine Vertreterin oder Vertreter aus dem Ausschuss für Kultur sowie eine Stellvertretung.

Frau Goreczko wird als Vertreterin vorgeschlagen.
Herr Krämer wird als Stellvertretung vorgeschlagen.

Über beide Vorschläge wird als Gesamtvorschlag abgestimmt. Der Gesamtvorschlag der Jurybesetzung wird mit 6 Ja-Stimmen **angenommen**, bei 1 Enthaltung.

6.3 Sachstand Kunst am Schlaatz gem. Beschluss DS 23/SVV/0046

vertagt

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 12.10.2023 **zurückgestellt**.

6.4 Neugestaltung Landtagsumfeld? Grün vor Nikolaikirche, Steubenplatz, Vorplatz Filmmuseum

vertagt

Der Tagesordnungspunkt wird auf die Sitzung am 12.10.2023 **zurückgestellt**.

6.5 Sachstand Informationsstelen an Orten der NS-Zwangsarbeit gem. Beschluss DS 22/SVV/0796

Herr Büloff berichtet über den Sachstand zu den Informationsstelen an Orten der NS-Zwangsarbeit.

Herr Büloff führt aus, dass es neben der 2008 aufgestellten ersten Stele Bestrebungen gäbe, weitere Stelen im Stadtraum zu implementieren. Das Thema Zwangsarbeit werde gerade generell aufgearbeitet. Die Gedenkstätte Lindenstraße plane nächstes Jahr eine Ausstellung zum Thema Zwangsarbeit.

Herr Büloff veranschaulicht, dass es in Potsdam über 70 Orte der Zwangsarbeit gebe. Diese Orte werden gerade identifiziert und müssen anschließend gewichtet werden, da nicht alle Orte gekennzeichnet werden können. 2024 sollen erste weitere Stelen dazu kommen.

Einige Ausschussmitglieder stellen Fragen zur Gestaltung der Stelen, unter anderem ob es eine einheitliche Darstellung gäbe und wie die Stelen zur Zwangsarbeit sich von anderen Erinnerungspfaden unterscheiden werde.

Frau Dr. Zalfen betont die Wichtigkeit, Apps und QR-Codes konsequent zu nutzen. Darüber können digitale Erinnerungspfade dargestellt werden.

Herr Büloff antwortet, dass sich in der Vergangenheit Gestaltungsbüros mit der Ausgestaltung beschäftigt hätten. Er nehme die Anregungen gerne auf und könne entsprechende Vorgaben erteilen.

Der Ausschuss für Kultur bittet darum, dass in der Sitzung im Januar 2024 über den weiteren Stand berichtet wird.

6.6 Erinnerungsorte der Kolonialgeschichte (aktueller Sachstand)

Herr Büloff führt aus, dass die Debatte um den Kolonialismus mit bestimmten Orten verknüpft sei. Er stellt das Projekt „Postcolonial Potsdam“, welches Führungen anbietet, die den Spuren des kolonialen Erbes in Potsdam nachgehen. Das Projekt sei an der Universität Potsdam beheimatet.

Herr Büloff schließt seinen Vortrag mit dem Fazit ab, dass der Kolonialismus sich im Stadtraum kaum bis gar nicht repräsentiere. Statt eines eigenen Gedenkortes, können verschiedene Orte medial über eine App aufgegriffen werden. Oder es könne dazu Ausstellungen in den Potsdamer Museen geben.

Einige Ausschussmitglieder merken an, dass Preußen aktiv am Kolonialismus beteiligt war und dass diese Beteiligung sich in Herrn Büloffs Ausführungen nicht genügend wiederfinde.

Frau Goreczko fragt, ob Studenteninitiativen und Opferinitiativen von Herrn Büloff angefragt wurden, was dieser verneint.

Mehrere Ausschussmitglieder bitten um das Hinzuziehen der Initiativen und um eine offene Debatte.

Herr Prof. Dr. Hafezi äußert sich zum Abschluss die Diskussion. Die Anregungen der Aus-

schussmitglieder werden mitgenommen. Als positives Beispiel der Auseinandersetzung nennt er Bonn.

Herr Prof. Dr. Hafezi schlägt vor, dass in der Sitzung im März 2024 erneut Bericht erstattet werden könne. Die Ausschussmitglieder sprechen sich für diesen Vorschlag aus.

7 Sonstiges

Werdegang Gedenkstein für Willi Wolf

Herr Krämer erkundigt sich nach dem Werdegang des Gedenksteins für Willi Wolf.

Herr Büloff teilt mit, dass geplant gewesen sei gemeinsam mit einem Heimat- und Schulprojekt etwas zu entwickeln. Dies werde er auf den Weg bringen.

Fachgremium Erinnerungskultur

Herr Dr. Weiß, Sprecher des Fachgremiums Erinnerungskultur, erläutert das Prozedere des Meldeprozesses.

Der Meldeprozess lasse sich in 3 Schritte aufteilen:

1. Das Fachgremium arbeite offiziell nur auf Anfrage durch den Ausschuss für Kultur oder die Landeshauptstadt Potsdam in Form von Herrn Büloff.
2. Die Anträge werden über den Ausschuss selbst eingereicht oder über Herrn Büloff. Der Antrag solle möglichst konkret die Bitte benennen. Das Antragspapier müsse Folgenden enthalten: die Beschreibung der zu ehrenden Person sowie die Begründung der Würdigung.
Das Antragspapier bilde die Grundlage für das Votum.
3. Das Votum des Fachgremiums Erinnerungskultur sei lediglich eine Empfehlung, kein Beschluss.

Abfrage Einnahme/Ausgaben Kultureinrichtungen

Herr Prof. Dr. Hafezi erläutert, dass in der Sitzung vom 12. Juli während der Diskussion zum Tagesordnungspunkt Haushalt 2023/2024 (Budgetierung) die Verwaltung darum gebeten wurde, die Kultureinrichtungen zu deren Finanzsituation zu befragen und einen Überblick über deren Finanzbedarf zu geben. Er fragt nach, ob dies der Auftrag an die Verwaltung sei oder ob es Ergänzungen gebe.

Herr Reich betont, dass es vor allem darum gehe, zu erfragen, ob die Einrichtungen mit den Haushaltsaufstellungen leben können. Die Träger hätten höhere Forderungen begründet. Es wurden geringere Summen beschlossen, da nicht mehr Haushalts-Mittel zur Verfügung standen. Gibt es deshalb Problemlagen mit Blick auf 2024 und darüber hinaus.

Mehrere Ausschussmitglieder betonen die Wichtigkeit der Abfrage.

Frau Dr. Zalfen sagt, dass die Träger aufgefordert wurden zu überrollen. Die beantragten Summen seien in der Haushaltsdiskussion nicht kommuniziert worden.

Herr Prof. Dr. Hafezi erläutert, dass es eine saubere Erhebung mit Ist-/Planzahlen geben werden. Er rege an, dass die Zahlen in der Dezembersitzung am 14.12.2023 in einem nicht öffentlichen Teil eingebracht werden können.

Der Ausschuss spricht sich für den Vorschlag aus.

7.1 Entsendung eines Ausschussmitgliedes in den Beirat Lottenhof

Frau Armbruster bittet die Ausschussmitglieder eine Stellvertretung für den Sitz im Beirat Lottenhof zu benennen. Frau Lüdcke, die bisherige Stellvertreterin, müsse durch ein neues Ausschussmitglied nachbesetzt werden.

Frau Goreczko schlägt den sachkundigen Einwohner Carsten Linke vor. Als Gegenvorschlag schlagen mehrere Ausschussmitglieder Nico Marquardt vor.

Die Ausschussmitglieder einigen sich, über Nico Marquardt als Stellvertreter abzustimmen.

Der Vorschlag wird mit 5 Ja-Stimmen **angenommen**, bei 2 Nein-Stimmen.

Vorsitz:

Protokollführung:

Beate Goreczko

Michael Diez
Uta Schulz